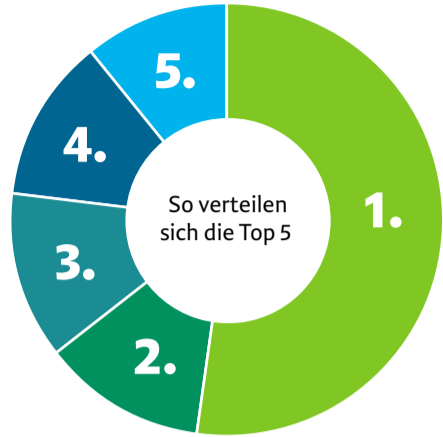


Die meistgelesenen Texte  
auf [www.weser-kurier.de](http://www.weser-kurier.de)

Zeitraum: 6 bis 19 Uhr des Vortags



1. Liveticker vom Klimastreik zum Nachlesen
2. Ein Grill, der bei den Preisen so richtig einheizt
3. Frederike Oberheim: „Es bräuchte bloß ein bisschen Mut“
4. Was Sie zur Großdemo von „Fridays for Future“ wissen müssen
5. Sarrazin-Lesung in Bremen wegen Sicherheitsbedenken abgesagt

Bebauungsplan  
vorerst gestoppt

Entscheidung zu Wohnpark

**Bremen.** Der Bebauungsplan 2391 für den Wohnpark Schwachhausen soll nach jüngstem Beschluss der Baudeputation so lange ruhen, bis sich der Investor HPI mit der Baugemeinschaft „Stark wohnen in Schwachhausen“ geeinigt hat. Die hatte wie berichtet vor zwei Jahren den Zuschlag für den Kauf eines Teils des Areals erhalten, rund 300 000 Euro in die Planung investiert und wartet seitdem darauf, dass HPI den Kaufvertrag unterzeichnet. Der Weiterverkauf eines Grundstücksteils an eine Baugemeinschaft war seinerzeit Auflage des Kaufvertrags mit der Stadt gewesen und galt auch dem Schwachhauser Beirat als Voraussetzung für seine Zustimmung zum Bauprojekt.

Bausenatorin Maike Schaefer (Grüne) unterstrich in der Sitzung der Deputation, dass Baugemeinschaften in Bremen ausdrücklich gewollt seien. Der Beschluss der Baudeputation, den Bebauungsplan bis zur Einigung ruhen zu lassen, fiel einstimmig. Man werde sich erst wieder „bei Vorliegen eines neuen Sachstands“ mit dem Thema befassen, hieß es.

Der Beirat Schwachhausen war in der Vergangenheit mehrfach aktiv geworden, um der Baugemeinschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Zuletzt hatte er seine Zustimmung zum Bebauungsplan widerrufen, da Immobilien Bremen den Anspruch der Baugruppe auf Vertragsabschluss offenbar nicht durchsetzen wollte oder könne. Außerdem hatte der Beirat Immobilien Bremen aufgefordert, umgehend mit HPI und der Baugemeinschaft Verhandlungen unter Androhung eines gerichtlichen Verfahrens aufzunehmen. BRM

Blumenthal sucht  
neuen Ortsamtsleiter

**Bremen.** Die Hansestadt ist auf der Suche nach einem neuen Ortsamtsleiter. Die entsprechende Stellenausschreibung ist nun öffentlich geworden. Demnach soll der Posten „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ besetzt werden, die Amtszeit des bisherigen Inhabers Peter Nowack läuft in Kürze aus. Die Formulierung „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ wirke zwar auf den ersten Blick ungewöhnlich, sei aber allgemein üblich, sagte der Bremen-Nord-Beauftragte Martin Prange. Ob Nowack sich erneut zur Wahl stellt, darüber will der 60-Jährige nun nachdenken. Die Stelle ist für zehn Jahren ausgeschrieben. PBR

## So erreichen Sie die Lokalredaktion

Ob persönlich, am Telefon oder wie auch immer: Wir freuen uns auf Sie.

**Adresse:** Martinstraße 43, 28195 Bremen  
**Telefon:** 0421 - 3671 3690  
**Mail:** [lokales@weser-kurier.de](mailto:lokales@weser-kurier.de)  
**Website:** [www.weser-kurier.de](http://www.weser-kurier.de)

## Immer auf dem Laufenden

**Twitter:** [twitter.com/weserkurier](https://twitter.com/weserkurier)  
**Facebook:** [facebook.com/weser.kurier](https://facebook.com/weser.kurier)  
**Instagram:** [instagram.com/weser.kurier](https://instagram.com/weser.kurier)  
**Whatsapp:** [weser-kurier.de/whatsapp](https://weser-kurier.de/whatsapp)  
**Youtube:** [youtube.com/WESER-KURIER](https://youtube.com/WESER-KURIER)



## Breite Unterstützung für Vereine

Rot-grün-rote Koalition will sich bundesweit für Modernisierung der Gemeinnützigkeit starkmachen

VON MONIKA FELSING

**Berlin/Bremen.** Erst Attac, dann Campact und jetzt die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, der Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): Das Berliner Finanzamt hat dem Bundesverband des 1947 von KZ-Überlebenden gegründeten Vereins die Gemeinnützigkeit aberkannt. Obwohl die Landesverbände der VVN eigenständige Vereine sind, ist die Verunsicherung auch in Bremen groß, zumal Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) die Regeln für die Gemeinnützigkeit ändern will.

„Das könnte direkte Auswirkungen haben“, sagt Raimund Gaebelein, der Bremer Landesvorsitzende, und spricht von einer „Abschreckungsstrategie“. Die rot-grün-rote Koalition indes hat schon nach der Campact-Entscheidung Stellung bezogen und einen Antrag zur Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts formuliert. Beschlossen hat ihn die Bürgerschaft, kurz nachdem es auch die VVN getroffen hatte.

„Es ist schon auffällig, dass in einer Zeit des Rechtsrucks zivilgesellschaftlichen Vereinen, die sich beispielsweise für Klimaschutz, Steuergerechtigkeit, Frieden, Gleichstellung oder Völkerverständigung einsetzen, die Gemeinnützigkeit entzogen wird“, begründet Klaus-Rainer Rupp, der finanzpolitische Sprecher der Linken, den Vorstoß, sich auf Bundesebene für Verbesserungen einzusetzen. „Die derzeitige Regelung der Gemeinnützigkeit ist völlig absurd.“ Die Abgabenordnung müsse dringend um einen Passus zur Förderung zivilgesellschaftlichen und demokratischen Engagements erweitert werden. Finanzsenator Dietmar Strehl (Grüne) steht da-

„Die derzeitige Regelung  
der Gemeinnützigkeit  
ist völlig absurd.“

Klaus-Rainer Rupp (Linke)

hinter: „Alle Vereinigungen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung fördern, sollten steuerlich begünstigt werden.“

Antifaschistische Arbeit und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands seien „angeichts des Erstarkens völkischer und hetzerischer Parteien und des zunehmenden faschistischen Terrorismus wichtiger denn je“, stellt die SPD-Landesvorsitzende Sascha Aulepp klar. „Diese Arbeit verdient unsere volle Anerkennung und Unterstützung.“ Die Entscheidung des Berliner Finanzamts halte sie für falsch, und sie freue sich, dass die bremische Finanzbehörde die Gemeinnützigkeit des Landesverbandes der VVN-BdA anerkannt habe. „Organisationen wie VVN-BdA, Attac oder Campact leisten durch ihr selbstloses Einsteigen für die Demokratie, gegen Ausgrenzung und für Solidarität einen wichtigen Beitrag zur politischen Meinungsbildung und zum demokratischen Gemeinwohl in Deutschland – und sind deshalb gemeinnützig. Ich erwarte von Olaf Scholz, diesbezüglich Klarheit und Rechtssicherheit zu schaffen.“

Und auch aus Worpsswede ist eine geharnischte Mail nach Berlin gegangen. Der frühere Bremer Strafverteidiger Heinrich Hannover (94) mahnt Olaf Scholz, etwas zu unternehmen: „Wollen Sie als Sozialdemokrat Bestrebungen unterstützen, einer Organisation die Gemeinnützigkeit abzuspüren, die von Überlebenden des faschistischen und des stalinistischen Terrors gegründet worden ist und nicht aufgehört hat, die Stimme gegen die Wiederkehr reaktionärer Geister zu erheben? Ich gehöre zu denen, die der SPD wünschen, endlich zu erkennen, wo der Feind steht.“

Die KZ-Überlebende Ester Bejarano, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, hat einen offenen Brief an Scholz gerichtet: „Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus! Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle.“ Für die Bundesverdienstkreuzträgerin stellt sich die bange Frage: „Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen? Die von Gedenkstätten ‚als Denkmal der Schande‘ sprechen und den NS-Staat und



Raimund Gaebelein, der Landesvorsitzende der VVN-BdA, bei einer Kranzniederlegung zum Gedenken an KZ-Häftlinge.

FOTO: KUHAUPT

seine Mordmaschine als ‚Vogelschiss der deutschen Geschichte‘ bezeichnen?“

Raimund Gaebelein wirkt einigermaßen gefasst. Es ist nicht der erste Versuch, die Vereinigung zu verbieten, die sich „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ auf ihre Fahnen geschrieben hat. „1961 ist der Prozess geplatzt, weil die Richter ‚Blutrichter‘ gewesen waren“, sagt der Bremer. Drei Organisationsverbote habe es gegeben, „1953 in Niedersachsen, dann in Hamburg und Rheinland-Pfalz, alles im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg.“ Der Bremer Landesverband war außen vor, VVN-Mitglieder allerdings als Linke später von Berufsverboten betroffen. „Die Theorie vom ‚rechts gleich links‘, manche nennen

seine Hufeisen-theorie, wird jetzt wieder aufgewärmt“, so scheint es Gaebelein. „Man will nach grauenhaften Verbrechen wie den NSU-Morden und Anschlägen wie in Halle etwas gegen Extremisten unternehmen und fängt bei den Linken an.“ Für ihn steht außer Frage, dass Vereine verboten werden sollten, „wenn sie massiv gegen das Grundgesetz verstößen“. Das sei aber etwas, mit dem sich die Innenbehörden zu beschäftigen hätten.

„Politisches Engagement muss auch für gemeinnützige Vereine möglich sein“, hat der Gewerkschaftsbund als Durchhalteparole ausgegeben. „Eine lebendige Demokratie braucht eine aktive Zivilgesellschaft.“ Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, das

Gewerkschafter 2016 unter anderem gemeinsam mit Attac, den Linken, dem Zentralrat der Muslime, den Naturfreunden, den Jusos und der VVN ins Leben gerufen haben, ist aktuell gegen den AfD-Bundesparteitag aktiv. Auch mit dem Slogan, den der bayerische Verfassungsschutz als ein Indiz für „linksextremistischen Einfluss“ einstuft: „Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen“. Geht gar nicht, urteilten auch Verwaltungsrichter 2014 sinngemäß, und wiesen die Be-

„Diese Arbeit  
verdient  
unsere volle Anerkennung.“

Sascha Aulepp (SPD)

schwerde der VVN mit der Begründung ab, der Satz diene, „der Bekämpfung und Diskreditierung missliebiger anderer Meinungen“.

Wegen Bayern hat auch der VVN-Landesverband Nordrhein-Westfalen bei nahe die Gemeinnützigkeit eingebüßt. Nach massiven Protesten hat die zuständige Behörde im Oktober davon abgesehen. Kurz darauf erhielt der Bundesverband Post vom Finanzamt, wonach er allein für 2016 und 2017 Steuern in fünfstelliger Höhe nachzahlen hätte. Der Bundesverband will Widerspruch einlegen. Der offenen Petition sollen sich inzwischen mehrere Tausend Menschen angeschlossen haben, und der VVN hat nach Angaben von Raimund Gaebelein bislang bundesweit etwa 300 neue Mitglieder gewonnen. Eine der Neuen ist Sascha Aulepp, die, wie sie schreibt, am Freitag eingetreten ist. „Aus Solidarität.“

## Was ist gemeinnützig?

Nach der Abgabenordnung werden Vereine steuerbegünstigt, die mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen oder gemeinnützig sind, weil sie „die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet“ selbstlos fördern wollen. Die Finanzbehörden entscheiden, ob die Voraussetzungen erfüllt sind.

In dem Antrag, den SPD, Linke und Grüne in die Bremische Bürgerschaft eingebracht hatten, wird unter anderem kritisiert, dass die Abgabenordnung zwischen Karneval und Fasching unterscheidet, dass aber „ein explizites Kriterium für die steuerliche Förderung zur Wahrnehmung und Verwirklichung von Grund- und Menschenrechten, Frieden, Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit, informationeller Selbstbestimmung und der Gleichstellung der Geschlechter bislang im Katalog der Gemeinnützigkeit“ fehle. Ebenso wie die Förderung des gemeinnützigen Zugangs zu digitaler Infrastruktur (Freifunk), wie ihn die Bremische Bürgerschaft und der Bundesrat mehr-

fach gefordert hätten. Gemeinnützigkeit sagt etwas über das gesellschaftliche Ansehen aus, hat aber auch materielle Vorteile. Der Verein kann nebenberuflichen Kräften eine Aufwandsentschädigung zahlen, die nicht versteuert werden muss. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Hinzu kommen unter anderem Drittmittel, Fördergelder vom Staat und von Stiftungen, besonders gute Konditionen beim Nutzen von öffentlichen Einrichtungen und die Zuweisung von Geldbußen.

Verliert ein Verein die Gemeinnützigkeit, so muss er Steuern nachzahlen, auch rückwirkend. Die staatliche Förderung fällt weg, die Spendeneinnahmen können sinken, wenn die Spender das Geld nicht mehr von der Steuer absetzen können. Gleichzeitig steigen die Kosten des Vereins, etwa für Raummieten. Das Image kann leiden, die Mitgliederzahl sinken – aber auch wieder steigen, wie beim VVN, seit die offene Petition im Internet läuft. MF

## Das Lächeln der Grünen

in vier Jahren immer noch so ist, bleibt natürlich abzuwarten.

## Falscher Postweg

Manchmal braucht man eben Zeit, bis man Neuerungen akzeptiert und verarbeitet hat. Das war mit der Geschäftsordnung des neuen Senats so – die aktualisierte Form mit allen Neuen im Amt hat es übrigens inzwischen ins Internet geschafft – und ist es offenbar auch mit einigen Adresslisten in der Bremischen Bürgerschaft. Das merkte unlängst Regierungssprecher Christian Dohle,

als ihm ehemalige Kollegen von Radion Bremen einen Stapel Post mit ins Rathaus brachten, die bei seinem alten Arbeitgeber noch immer regelmäßig für ihn eingehen. Dohle nahm's mit Humor und twitterte: „Die Höchststrafe für einen Regierungssprecher. Liebe Bürgerschaft: Ich arbeite direkt gegenüber im Rathaus.“



## Bier-Botschafter

Bremens Drähte nach Südafrika sollen in vielerlei Hinsicht ja neuerdings ganz ausgezeichnet sein – das Land dient nicht nur als Winterreiseziel für Politiker wie unlängst CDU-Landeschef

Carsten Meyer-Heder, was unter anderem der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für die Partnerschaft mit Durban beweist. An der Ostküste rund um Kapstadt ist Bremen als Stadtmarke noch nicht ganz so nachhaltig etabliert, wie die Autorin nun aus eigener Erfahrung weiß. Auf das Stichwort „Bremen“ als Herkunftsanzeige erntet man dort fast ausnahmslos fragende Blicke, selbst Wolfsburg (!) ist bekannter. „Münich-Frankfurt-Heidelberg“ sowieso. Was dann aber hilft, ist der Griff zum flüssigen Botschafter der Stadt, der grünen Flasche mit dem roten Schlüssel-Emblem, die auch am Kap serviert wird. „Beck's Bier, you know? Aus Bremen!“ Und dann ist alles klar. [marktplatzplaudereien@weser-kurier.de](mailto:marktplatzplaudereien@weser-kurier.de)